

03.07.2020

Kleine Anfrage 4015

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Widersprüche beim Atommüllendlager in Belgien. Was verschweigt die Landesregierung?

Der Verfasser dieser Kleinen Anfrage hat sich in mehreren Kleinen Anfragen zum Thema Kernkraft an die Landesregierung gewandt und sich regelmäßig entschieden gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken, primär der Kernkraftwerke Tihange und Doel, ausgesprochen. Zuletzt beantwortete die Landesregierung die Kleine Anfrage 3734 trotz nicht unerheblicher Überschreitung der Beantwortungsfrist nur sehr spärlich.

Die Fraktionen aus CDU und FDP haben mit Datum vom 16.06.2020 einen Antrag (DS 17/9817) in den Landtag eingebracht, in dem unter anderem ausgeführt ist, von belgischer Seite sei die Konsultation zum Vorbringen von Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit explizit nicht in der regelmäßig tagenden Deutsch-Belgischen-Nuklearkommission, in der auch Nordrhein-Westfalen auf Fachebene vertreten ist, angekündigt worden und auch der Bund habe davon nur im Nachgang erfahren. Weiter heißt es in diesem Antrag auch, die 60-Tage-Frist für die Beteiligung der Öffentlichkeit sei am 13.06.2020 ausgelaufen.¹ Ministerin Heinen-Esser sprach in der Plenardebatte am 24.06.2020 selbst zu diesem Tagesordnungspunkt.

Im Bund ist das BMU zuständiges Ministerium. Das BMU hat offenbar, entgegen der Aussagen der regierungstragenden Fraktionen, Kenntnis von dem Teilnahmeverfahren erhalten und die deutsche Öffentlichkeit über ein entsprechendes Portal auf der Website informiert. In einer bereits am 12.05.2020 auf der Seite des BMU veröffentlichten Pressemitteilung heißt es zudem, die Frist für die Beteiligung der Öffentlichkeit laufe bis zum 20.06.2020.²

Ministerin Heinen-Esser hat schließlich mit Minister Pinkwart einen Brief an die zuständige belgische Behörde „Ondraf“ geschrieben. Laut Medienberichten heißt es in diesem Brief erneut „Die Ankündigung der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde deutschen Behörden leider nicht bekanntgegeben“.³ In dem Medienbericht der Eifler Zeitung (Medienhaus Aachen) heißt es weiter: „Die beiden Ministerien seien aber der Ansicht, dass auch deutsche Bürgerinnen und Bürger an der Konsultation hätten beteiligt werden müssen.“⁴

¹ <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9817.pdf>

² <https://www.bmu.de/meldung/strategische-umweltvertraeglichkeitspruefung-sup-ueber-eine-endbestimmung-fuer-hochradioaktive-undode/>

³ <https://www2.aachener-zeitung.de/mwm/article.php?bid=85749191&edition=az-a2>

⁴ <https://www2.aachener-zeitung.de/mwm/article.php?bid=85749191&edition=az-a2>

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Das BMU hat offenbar Kenntnis von der Beteiligung der Öffentlichkeit erhalten und diese Information auf deren Website spätestens am 12.05.2020 veröffentlicht.⁵ Laut genannten Medienberichten haben jedoch die Umweltministerin und der Wirtschaftsminister des Landes NRW in beeindruckender Regelmäßigkeit verlautbaren lassen, nichts von einer Beteiligung gewusst zu haben. Wie stellte sich ganz konkret der Austausch des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Konsultation der Öffentlichkeit dar?
2. Wie erklärt die Landesregierung ihre Unkenntnis hinsichtlich einer Beteiligung der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der bereits am 1. April 2020 auf der Website der Behörde NIRAS (Ondraf) veröffentlichten Ankündigung der Öffentlichen Konsultation?⁶
3. In der Plenardebatte vom 24.06.2020 (zu TOP 19) sagte Ministerin Heinen-Esser, sie könne mit „den kurzen Fristen“, mit denen im Rahmen der SUP Stellungnahmen eingeholt würden, „nicht arbeiten“. Wie erklärt die Landesregierung die mehrfach von Ministerinnen und Ministern getroffene Aussage, sie hätte keine Kenntnis von einer Beteiligungsmöglichkeit gehabt, wenn sich Ministerin Heinen-Esser in einer Plenardebatte jedoch selbst auf die Kürze der Frist beruft, mit der sie nicht arbeiten könne?⁷
4. Was gedenkt die Landesregierung hinsichtlich der Suche nach einem Atommüllendlager auf belgischer Seite konkret weiter zu tun?
5. Regelmäßig tagt die Deutsch-Belgische-Nuklearkommission, in der auch Nordrhein-Westfalen vertreten ist. Wie gedenkt die Landesregierung im Rahmen dieser Kommission die streitgegenständliche Suche nach einem Atommüllendlager im belgischen Grenzgebiet zu thematisieren?

Stefan Kämmerling

⁵ <https://www.bmu.de/meldung/strategische-umweltvertraeglichkeitspruefung-sup-ueber-eine-endbestimmung-fuer-hochradioaktive-undode/>

⁶ <https://www.niras.be/ankundigung-offentliche-konsultation>

⁷ <http://www.landtag.nrw.de/home/aktuelles-presse/parlaments-tv/video.html?kid=55ae203d-6379-453b-8a4b-c752dd58a605> (Min.: 13:19:30)